

Edward Snowden: Ein 'Nation' Interview

Original: <http://www.thenation.com/article/186129/snowden-exile-exclusive-interview?page=full>

In einem umfangreichen Gespräch spricht Edward Snowden über den Überwachungsstaat, das amerikanische politische System und den Preis, den er für sein Verständnis von Patriotismus zahlen musste.

Katrina vanden Heuvel und Stephen F. Cohen, 28. Oktober 2014

Dieser Artikel erscheint in der The Nation-Ausgabe vom 17. November 2014.

Am 6. Oktober kamen die *Nation*-Redakteurin und Herausgeberin Katrina vanden Heuvel und der Mitherausgeber Stephen F. Cohen (emeritierter Professor für russische Studien an der New York University und in Princeton) in Moskau mit Edward Snowden zu einem breitgefächerten Gespräch zusammen. In der beinahe vier Stunden dauernden Unterredung, die deutlich länger als geplant ging, war der jugendlich-frisch erscheinende Snowden umgänglich, mitteilsam, bedacht und mitunter humorvoll. Neben anderen Themen sprach er über den Preis, den er dafür bezahlt hat, den Mächtigen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen, seine Definition von Patriotismus und Verantwortlichkeit und seine Frustration über Amerikas Medien und politisches System. Das Interview wurde überarbeitet und für die Veröffentlichung verkürzt, übermäßig lange Passagen über technologische Fragen, die Snowden auch anderswo erörtert hat, wurden komprimiert.

The Nation: Es ist sehr gut, hier bei Ihnen zu sein. Wir kommen oft zum Arbeiten nach Moskau und um alte Freunde zu besuchen, aber Sie haben es sich nicht ausgesucht, in Russland zu sein. Können Sie Ihre Zeit hier zum Arbeiten nutzen, und haben Sie so etwas wie ein Sozialleben? Oder fühlen Sie sich eingeschlossen und gelangweilt?

Snowden: Ich bezeichne mich selbst als Stubenhocker, ich bin und war immer ein Computermensch. Ich bin nicht der Typ, der zum Fußballspielen rausgeht und solche Dinge – das bin nicht ich. Ich will nachdenken, ich will etwas aufbauen, ich will reden, ich will etwas schaffen. Also, seit ich hier bin, ist mein Leben von Arbeit bestimmt, die mich ausfüllt und befriedigt.

The Nation: Haben Sie alles, was Sie benötigen, um Ihrer Arbeit nachzugehen?

Snowden: Ja. Wissen Sie, ich verbringe nicht den ganzen Tag damit, den Hut halb im Gesicht vor schemenhaften Gestalten davonzulaufen – ich bin im Exil. Meine Regierung hat meinen Pass absichtlich ungültig gemacht, um mich im Exil zu verbannen. Wenn sie mich wirklich hätten festnehmen wollen, hätten sie mich nach Lateinamerika reisen lassen, denn die CIA kann dort unten mit straffrei operieren. Das wollten sie aber nicht; sie haben sich dafür entschieden, mich in Russland bleiben zu lassen.

The Nation: Wir verstehen, dass Sie dem Sozialleben keinen hohen Stellenwert beimessen, aber haben Sie hier in Moskau so etwas?

Snowden: Ja, lassen Sie es mich so sagen, ich habe mehr als genug für meine Bedürfnisse.

The Nation: Wenn Sie sich also einfach mal mit Leuten treffen und quatschen wollen, dann können Sie das?

Snowden: Ja, kann ich. Und ich gehe auch aus. Ich werde immer mal wieder erkannt. Das ist immer in Computerläden. Das ist so etwas wie gedankliche Assoziation, denn wenn ich im Supermarkt bin, erkennt mich keiner. Selbst wenn ich meine Brille aufhabe, wie auf den Bildern, erkennt mich niemand. Aber ich könnte in einem Computerladen überhaupt nicht wie ich aussehen, frisch rasiert, Hut auf, und sie würden sagen: „Snowden?!“

The Nation: Sind sie freundlich zu Ihnen? Sind das meist junge Leute?

Snowden: Ja, ja.

The Nation: Nun, Ihre Video-Frage bei dieser großen Putin-Presskonferenz dieses Jahr...

Snowden: Ja, das war fürchterlich! Oh mein Gott, das ging ins Auge. Ich hatte gehofft, Putin bei einer Lüge zu erwischen – wie es dem Direktor der National Intelligence, James Clapper [bei seiner Aussage vor dem Kongress] passiert ist. Deshalb habe ich Putin so ziemlich genau dieselbe Frage über russische Massenüberwachung gestellt. Ich wusste, dass er dasselbe tut, aber er leugnet es. Wenn nur eine einzige russische Quelle sich melden würde, wäre er in der Klemme. Und in den USA war mein Auftritt bei der Putin-Presskonferenz den Preis nicht wert.

The Nation: Sie fühlen sich also hier nicht als Gefangener?

Snowden: Nein. Ich war zum Beispiel in St. Petersburg – St. Petersburg ist beeindruckend.

The Nation: Sehen Sie fern?

Snowden: Ich mache alles am Computer. Fernsehen ist für mich eine veraltete Technik.

The Nation: Schauen Sie amerikanisches Fernsehen?

Snowden: Ja, ich schaue in letzter Zeit *The Wire*.

The Nation: Sie haben also übers Internet noch aktive Verbindungen in die USA? Folgen Sie der Popkultur?

Snowden: [schmunzelt] Ja, aber ich hasse diese Fragen – Ich spreche nicht gerne über dieses Zeug, das ist so ... für mich ist das so belanglos.

The Nation: Aber es zeigt sich, dass Sie ein Amerikaner sind, der dieselben Serien anschaut, die wir in Amerika alle schauen.

Snowden: Ja, all das Zeug – *Game of Thrones* und all die anderen Serien. Was ist zum Beispiel mit *House of Cards*? *Boardwalk Empire* – das handelt von einer anderen Periode staatlichen Übergriffs, aber wenigstens halten sie sich da an das Gesetzgebungsverfahren! Im echten Leben arbeitet die Exekutive mit Ausführungsbestimmungen statt mit Verfassungsänderungen, um unsere Freiheiten einzuschränken.

The Nation: Wie machen Sie Internet-Interviews?

Snowden: Ich habe mein eigenes Studio eingerichtet. Ich kann es nicht professionell beschreiben, weil ich kein Videofilmer bin – aber ich bin ein Techniker. Ich besorge also die Kamera, dann all die Dinge, die die Kamera mit dem Computer verbinden, ich starte eine Liveübertragung, ich Sorge für die Sicherheit, ich erstelle einen Hintergrund, den ich zu- und wegschalten kann, wie die Nachrichtensender, und ersetzen durch was immer ich will – und ich kann überall sein, wo ich sein muss.

The Nation: Das führt uns zu der Frage: Wie begann das, was Sie als Ihr „Techniker-Wissen“ bezeichnen, Ihr politisches Denken zu beeinflussen?

Snowden: Eine Besorgnis, die ich hatte, als ich noch aktiv im Nachrichtendienst gearbeitet habe – als jemand, der breiten Zugang hatte, der mehr Berichte zu Gesicht bekommen hatte als der durchschnittliche Mensch, der ein besseres Verständnis der größeren Zusammenhänge hatte – war die, dass die Richtungen, die die Nachkriegs-, Nach-Kalter-Kriegs-Gesellschaften nahmen, entweder sehr autoritär oder [sehr] liberal oder libertär ausgerichtet waren. Die autoritäre Gesellschaft glaubte, dass die Rechte des Einzelnen im Grunde von der Regierung bereitgestellt und von den Staaten festgelegt würden. Die andere Gesellschaft, unsere, tendierte dazu, zu glauben, dass eine große Portion unserer Rechte angeboren seien und vom Staat nicht aufgehoben werden könnten, selbst wenn es notwendig erschiene. Und die Frage ist: Werden die Gesellschaften autoritärer oder liberaler, speziell in der Ära nach dem 11. September? Werden unsere Wettbewerber – zum Beispiel China, das eine zutiefst autoritäre Nation ist – mit der Zeit autoritärer oder liberaler? Hat sich der Schwerpunkt derart verschoben, dass alle Regierungen größere Macht und weniger Einschränkungen haben als je zuvor und dabei mit einer Technologie ausgerüstet sind wie keine Regierung in der Vergangenheit? Wie erhalten wir unsere Bürgerrechte, unsere Tradition einer liberalen Demokratie in einer Zeit, in der sich die Regierungsmacht ausweitet und immer schwieriger zu kontrollieren ist? Wollen wir China so nacheifern, wie China dem Westen nacheifert? Ich denke, dass die Antwort auf diese Frage für die meisten Amerikaner nein lautet.

The Nation: Ihre Enthüllungen haben eine Debatte ausgelöst und Entrüstung über Parteigrenzen hinweg hervorgerufen. Aber wir sehen nur wenig, das getan wird. Es gibt so etwas wie den USA Freedom Act, der bis in die n-te Potenz verwässert ist, aber es gibt sehr wenig echte Bewegung. Was ist Ihre Vorstellung vom politischen System, nicht nur in den USA, sondern von dem politischen System, das nötig ist, um Reformen entsprechend der Dimension Ihrer Enthüllungen zu machen?

Snowden: In anderen Ländern passiert mehr. In Deutschland haben sie ernstzunehmende Nachforschungen eingeleitet, die immer mehr aufdecken. Gerade wurde eine bedeutende Verletzung der deutschen Verfassung entdeckt, die vor dem Parlament verborgen gehalten worden war. In den USA hat es kaum gesetzliche Änderungen zum Thema Überwachung gegeben, obwohl es einige laue Vorschläge gibt.

The Nation: Jonathan Schells letzter Artikel für *The Nation* – er ist im März verstorben – war über Sie als Dissidenten, als Störenfried und als radikalen Verteidiger der Privatsphäre. Jonathan hat eine grundlegende Frage gestellt: Was machen Amerikaner, wenn die offiziellen Kanäle nicht funktionieren oder nicht eingreifen? Braucht man Wahrheits-Sager wie Sie, um Änderungen herbeizuführen?

Snowden: Wir sind eine repräsentative Demokratie. Aber wie wurden wir dazu? Wir wurden es durch direkte Aktionen. Und das ist in unserer Verfassung und unseren Werten verankert. Wir haben das Recht zur Revolution. Revolution muss nicht immer Waffen und Kriegführen bedeuten; es geht auch um revolutionäre Ideen. Es geht um die Prinzipien, die wir für maßgeblich halten für die Art Welt, in der wir leben wollen. Eine bestehende Ordnung kann jederzeit dabei versagen, diese Werte zu verkörpern, oder sogar kontraproduktiv sein. Ich glaube, dass das die Dynamik ist, die wir heute beobachten. Es gibt diese traditionellen politischen Parteien, die immer weniger empfänglich sind für die Bedürfnisse der Normalbürger, also machen sich die Leute auf die Suche nach ihren eigenen Werten. Wenn die Regierung oder die Parteien sich nicht um unsere Bedürfnisse kümmern, tun wir es eben selbst. Es geht um direkte Aktionen, um zivilen Ungehorsam. Aber dann sagt der Staat: „Nun, damit es sich um legitimen zivilen Ungehorsam handelt, müssen Sie diese Regeln einhalten.“ Sie stellen uns in „Freie-Rede-Zonen“; sie sagen, dass man es nur zu bestimmten Zeiten, auf bestimmte Art und Weise tun darf, und man darf das Funktionieren der Regierung nicht stören. Sie begrenzen die Wirkung, die ziviler Ungehorsam entfalten kann. Wir müssen wissen, dass ziviler Ungehorsam vor allem Ungehorsam sein muss, um wirksam zu sein. Wenn wir uns einfach nur an die Regeln halten, die ein Staat uns auferlegt, während er sich selbst konträr zum öffentlichen Interesse verhält, dann verbessern wir nicht wirklich etwas. Wir ändern nichts.

The Nation: Wann hat ziviler Ungehorsam zuletzt zu Änderungen geführt?

Snowden: Occupy Wall Street.

The Nation: Einer von uns könnte anderer Meinung sein. Occupy war sicherlich eine sehr wichtige Initiative, aber sie hat sich bald in Luft aufgelöst.

Snowden: Ich glaube fest daran, dass Occupy Wall Street so begrenzte Wirkung hatte, weil die örtlichen Behörden in der Lage waren, im wesentlichen in unserer Vorstellung, ein Bild davon durchzusetzen, was ordentlicher ziviler Ungehorsam ist – einer, der einfach wirkungslos ist. All die Leute, die auf die Straße gegangen sind, sind von der Arbeit weggeblieben, wurden nicht bezahlt. Sie waren einzelne, die bereits die Auswirkungen der Ungleichheit zu spüren bekommen und deshalb nicht viel zu verlieren hatten. Und dann wurden diejenigen, die lauter, störender und auf viele Art effektiver darin waren, auf ihre Besorgnis hinzuweisen, sofort von den Behörden gezüchtigt. Sie wurden abgedrängt, mit Pfefferspray traktiert, ins Gefängnis geworfen.

The Nation: Aber Sie meinen, dass Occupy dennoch seine Wirkung hatte?

Snowden: Sie hatte eine Wirkung für das Bewusstsein. Sie hatte keine Wirkung im Hinblick auf tatsächlich erzielte Veränderungen. Aber wir vergessen allzu oft, dass soziale und politische Bewegungen nicht über Nacht geschehen. Sie bringen die Veränderungen nicht sofort – Sie müssen eine kritische Masse von Verständnis für die Probleme erzeugen. Aber die Ungleichheit da draußen ins Bewusstsein zu bringen, war wichtig. All diese politischen Experten, die jetzt über die Wahlen 2014 und 2016 sprechen, sprechen über Ungleichheit.

The Nation: Sie haben an anderer Stelle über Verantwortlichkeit gesprochen. Erleben wir gerade das Ende der Verantwortlichkeit in unserem Land? Die Leute, die uns die Finanzkrise eingebracht haben, sitzen wieder im Sattel. Die Leute, die uns das Unheil des Irak-Kriegs gebracht haben, beraten Washington und das Volk jetzt in Sachen US-Außenpolitik. Oder, worauf Sie hingewiesen haben, James Clapper belügt den Kongress, ohne dass man ihm auch nur auf die Finger haut.

Snowden: Die Überwachungs-Enthüllungen sind von entscheidender Wichtigkeit, weil sie aufgedeckt haben, dass unsere Rechte insgeheim neudefiniert werden von geheimen Gerichten, die niemals für diese Rolle vorgesehen waren – ohne Zustimmung des Volkes, sogar ohne dass es einer Mehrheit unserer politischen Abgeordneten bekannt wäre. Aber, so wichtig das ist, ich glaube nicht, dass das das Wichtigste ist. Ich denke, das Wichtigste ist die Tatsache, dass der Direktor des Nationalen Nachrichtendienstes vor dem Kongress unter Eid eine Falschaussage gemacht hat, was ein schweres Verbrechen ist. Wenn wir es unseren Beamten erlauben, wissentlich öffentlich Gesetze zu brechen und dafür keine Konsequenzen tragen zu müssen, etablieren wir eine Kultur der Immunität, und das wird meines Erachtens historisch als die größte Enttäuschung der Obama-Regierung angesehen werden. Ich glaube, sie wird später nicht mit sozialen oder wirtschaftlichen Entscheidungen in Verbindung gebracht werden; es wird die Tatsache sein, dass er sagt „Vorwärts, weiter, nicht zurück“ im Blick auf die Gesetzesübertretungen, die unter der Bush-Regierung begangen worden waren. Es gab eine echte Wahl, als er Präsident wurde. Es war eine sehr schwierige Entscheidung – zu sagen: „Wir werden hohe Amtsträger nicht genauso für die Einhaltung der Gesetze zur Rechenschaft ziehen wie wir es mit jedem anderen Bürger dieses Landes tun“ oder „Dies ist eine Nation, die an die Rechtsstaatlichkeit glaubt.“ Und Rechtsstaatlichkeit heißt nicht, dass die Polizei das regeln muss, sondern dass wir alle den gleichen Gesetzen unterstehen. Wissen Sie, wenn der Kongress gegen Baseballspieler ermittelt, ob sie die Wahrheit gesagt haben oder nicht, wie können wir es dann rechtfertigen, dass wir dem mächtigsten Nachrichtendienst-Beamten, Clapper, einen Freifahrtschein ausstellen? Auf diese Weise hat sich J. Edgar Hoover ewig als FBI-Chef im Amt gehalten.

The Nation: Glauben Sie, dass die Leute in den Nachrichtendienst-Ausschüssen des Kongresses mehr wussten als die Senatoren und Abgeordneten? Dass sie wussten, dass man ihnen Unwahrheiten erzählt hat, und doch stillhielten?

Snowden: Die Vorsitzenden haben es absolut gewusst. Sie gehören zur „Gang of Eight“ („Bande der Acht“). Sie werden über jedes Programm verdeckter Operationen und alles vergleichbare unterrichtet. Sie wissen, wo all die Leichen vergraben sind. Gleichzeitig bekommen sie weit mehr Wahlkampfspenden als jeder andere von Rüstungslieferanten, Nachrichtendienst-Unternehmen und privaten Militärfirmen.

The Nation: Wir fragen uns deshalb, ob das Internet wirklich die freie Meinungsäußerung, und damit die Demokratie fördert? Vielleicht begünstigt es doch eher den Eingriff in die Privatsphäre, waghalsige Meinungen, Falschinformationen? Was sind die Vorzüge und Nachteile des Internets in Bezug auf eine Gesellschaft, wie Sie und *The Nation* sie anstreben?

Snowden: Ich würde sagen, dass erste Schlüsselkonzept ist, wenn man die Geschichte des technologischen und kommunikationstechnischen Fortschritts der Menschheit sieht, dass das Internet im Grunde elektronischer Telepathie entspricht. Wir können jetzt jederzeit mit unseren kleinen Zauber-Smartphones mit Leuten reden, egal wo sie sind, und sofort herausfinden, was sie denken, worüber sie reden und Nachrichten austauschen. Und das ist eine neue Fähigkeit, selbst im Kontext des Internets. Wenn man über das Web 2.0 spricht, dann meint man damit, dass im Internet, im World Wide Web die Kommunikation zuerst nur in eine Richtung ging. Menschen erstellten Webseiten, und andere lasen sie. Aber es gab kein echtes Hin-und-Her, außer per E-Mail. Web 2.0 ist, was man kollaboratives Web nennt – Facebook, Twitter, die sozialen Medien. Was wir jetzt beobachten, ist die Atomisierung der Internetgemeinde. Zuvor ging man nur auf ein paar Seiten, jetzt gibt es all diese kleinen feinen Läden. Es gibt verrückte kleine Seiten, die es mit den etablierten Medienriesen aufnehmen. Und zunehmend erleben wir, wie die ultra-parteiischen Seiten immer größere Leserschaften gewinnen, weil Leute sich selbst in Communities hineinwählen. Ich nenne es Stammessystem, weil sie sehr eng verwobene Communities sind. Fehlender Anstand ist

Teil davon, weil sich Internet-Stämme so benehmen. Wir beobachten dies immer stärker in der Wahlpolitik, die zunehmend vergiftet ist.

Das alles ist Segen und Fluch zugleich. Es ist ein Segen, weil es den Menschen ermöglicht, festzuschreiben, was ihnen wichtig ist; sie verstehen die Art von Ideen besser, mit denen sie sich identifizieren. Der Fluch ist, dass sie in ihren Ansichten nicht hinterfragt werden. Das Internet wird eine Echokammer. Nutzer sehen die Gegenargumente nicht. Und ich glaube, wir werden eine Bewegung weg davon erleben, denn junge Leute – Digital Natives, die ihr Leben im Internet verbringen – werden es satt haben. Es ist wie ein Modetrend und wird immer mehr ein Zeichen fehlender Ausgereiftheit. Andererseits ist das Internet dazu da, die Bedarfe der Menschen an Informationen und Gemeinschaft zu decken. Wir sehen heutzutage diesen Hang zur Identifikation, weil wir in einer verdrießlichen Zeit leben. Wir leben in schweren Zeiten.

The Nation: Was, denken Sie, wird aus diesen schweren Zeiten hervorgehen?

Snowden: Schauen Sie sich die Reaktionen liberaler Regierungen auf die Überwachungs-Enthüllungen im letzten Jahr an. In den USA haben wir eine große Debatte, aber auch eine Schockstarre der Behörden – weil sie als diejenigen ertappt wurden, die am tiefsten mit drin stecken. Und es gibt unzweifelhafte Verstöße gegen die Verfassung. Viele unserer alliierten Staaten haben diesen grundgesetzlich festgelegten Schutz nicht – in Großbritannien, in Neuseeland, in Australien. Sie haben das Recht verloren, geschützt zu sein vor unverhältnismäßiger Durchsuchung und Beschlagnahmung ohne hinreichenden Anlass. In all diesen Ländern wurden zu Beginn der Enthüllungen schnell Gesetze verabschiedet, die wesentlich von der NSA als Ghostwriter geschrieben wurden, um Massenüberwachung ohne gerichtliche Kontrolle und ohne all die Prüfungen und Abwägungen zu ermöglichen, die man erwarten würde. Was uns zu der unausweichlichen Frage führt: Wo werden wir diesen einfachen aber fehlerhaften Prozess zurückweisen, der die Nachrichtendienste tun und machen lässt, was sie wollen? Es ist unumgänglich, dass das passieren wird. Ich denke, dass das da passieren wird, wo Internetunternehmen agieren.

Microsoft schlägt zum Beispiel vor Gericht eine Schlacht mit dem Justizministerium. Das Justizministerium sagt: „Wir wollen Informationen aus Ihrem Rechenzentrum in Irland. Es geht nicht um US-Bürger, aber wir wollen die Informationen.“ Microsoft hat geantwortet: „OK, gut. Gehen Sie vor ein irisches Gericht. Bitten Sie die um eine Berechtigung. Es gibt ein gegenseitiges Rechtshilfeabkommen. Sie werden sie Ihnen ausstellen. Geben Sie sie uns, und wir werden Ihnen die Informationen im Einklang mit dem irischen Recht geben.“ Das Justizministerium sagt: „Nein, Sie sind eine amerikanische Firma, und wir haben Zugang zu Ihren Daten überall auf der Welt. Es geht nicht um die Zuständigkeit. Es geht nicht darum, wen es etwas angeht.“ Dieser Rechtsstreit ist ein Meilenstein, der jetzt durch die Berufungsinstanzen geht. Er ist wichtig, weil, wenn wir den USA in dem Präzedenzfall erlauben, dass nationale Grenzen nicht gelten, wenn es darum geht, die Daten von Menschen zu schützen, schauen andere Länder zu. Sie schauen genau auf unser Beispiel und was der faktische Standard im Umgang mit digitaler Information ist.

The Nation: Die schauen noch auf uns?

Snowden: Die schauen noch auf uns. Aber, genauso wichtig, auch unsere Gegner tun das. Die Frage lautet also auch, was zum Beispiel die Regierung der Demokratischen Republik Kongo oder Chinas macht, wenn sie das nächste Mal einen Dissidenten haben, der für den Friedensnobelpreis nominiert ist, und sie wollen seine E-Mails lesen, die aber in einem irischen Rechenzentrum liegen? Sie werden Microsoft sagen: „Sie haben dem Justizministerium die Dinge weitergegeben, geben Sie sie uns auch.“ Und wenn Microsoft sich sperrt, werden sie sagen „Wenn Sie hier unterschiedliche rechtliche Maßstäbe anlegen als dort, dann werden wir Sie in China sanktionieren. Wir werden

Ihnen Geldstrafen auferlegen, die Sie weniger wettbewerbsfähig machen.“ Und Microsoft wird leiden, und damit unsere Wirtschaft.

The Nation: Lehnen sich Länder dagegen auf?

Ja, wir sehen starken Widerstand, zum Beispiel in Brasilien. Brasilien hat die UNO eingeschaltet und gefordert: „Wir brauchen dafür neue Standards.“ Wir müssen uns etwas anschauen, das als „Datenhoheit“ bezeichnet wird. Russland hat neulich ein Gesetz verabschiedet – ich finde ein furchtbares Gesetz – das besagt, dass alle Daten russischer Staatsangehöriger auf russischem Grund gespeichert werden müssen, nur um andere Länder von dem rechtlichen Spielchen abzuhalten, das wir in diesem Microsoft-Fall spielen.

The Nation: Warum ist das furchtbar als eine Form der Souveränität? Wenn das alle Länder täten – würde das nicht das Monopol der Amerikaner beenden?

Snowden: Es würde das amerikanische Monopol beenden, aber es würde auch das Internet Business zerstören, denn dann müsste man Rechenzentren in allen Ländern haben. Und Rechenzentren sind außerordentlich teuer, ein großes Kapitalinvestment.

Wenn wir über die Geltendmachung grundsätzlich neuer Regierungsbefugnisse mit kaum oder keiner Rechtfertigung sprechen, brauchen wir noch nicht einmal internationales Recht hinzuzuziehen, um den Fehler darin zu erkennen. Wenn wir sehen, dass – gemäß der Verfassung – nur der Kongress Kriege erklären kann, und das aber regelmäßig ignoriert wird. Nicht die NATO und nicht die UNO müssen diese endlosen Kriege genehmigen, sondern der Kongress, und der tut es aber nicht.

Die Bush-Regierung stellt einen sehr ernsten und zutiefst negativen Wendepunkt dar – nicht nur für die Nation, sondern für die internationale Ordnung, weil wir begonnen haben, nach der Devise „Es gilt das Recht des Stärkeren“ zu regieren. Und das ist eine sehr alte, giftige und ansteckende Idee.

The Nation: War das eine Reaktion auf den 11. September?

Snowden: In vielerlei Hinsicht eine Reaktion auf den 11. September, aber auch auf Dick Cheneys Vorstellung einer Einheitsregierung. Sie brauchten eine Ausrede für die Ausweitung nicht nur einfach der Macht des Bundes, sondern im besonderen der Regierungsmacht.

The Nation: Aber wieso ist das neu? Das Weiße Haus hat doch im Watergate-Skandal dasselbe getan, Telefone angezapft, eingebrochen.

Snowden. Aber der Bogen geht weiter. Richard Nixon wurde wegen des Abhörens einer einzelnen Hotelsuite aus dem Amt gejagt. Heute hören wir jeden amerikanischen Bürger im ganzen Land ab, und es ist noch nicht mal jemand vor Gericht gestellt worden deswegen, nicht einmal Ermittlungen laufen. Das wird noch nicht mal untersucht.

The Nation: In den 1970ern hat das Church Committee, ein Sonderausschuss des US-Senats, ermittelt und versucht, diese Dinge zu zügeln, aber diese Reformen sind erodiert.

Snowden: Das ist der Schlüssel – den Garten der Freiheit zu pflegen, richtig? Das ist eine Aufgabe der ganzen Generation, die wir alle kontinuierlich machen müssen. Wir haben nur die Rechte, die

wir beschützen. Es zählt nicht, was wir sagen oder denken, dass wir es haben. Es ist nicht genug, nur an etwas zu glauben; es zählt nur, was wir tatsächlich verteidigen. Wenn wir also im Kontext der Übergriffe auf unsere persönliche Freiheit im letzten Jahrzehnt und der Enthüllungen des letzten Jahres denken, dann geht es nicht um Überwachung. Es geht um Freiheit. Wenn Leute sagen „Ich habe nichts zu verbergen“, dann sagen sie eigentlich „Meine Rechte sind mir egal“. Man muss sich für seine Rechte als Bürger aber nicht rechtfertigen müssen – das verdreht doch die Verantwortlichkeit. Die Regierung muss den Eingriff in Ihre Rechte rechtfertigen. Wenn Sie aufhören, Ihre Rechte zu verteidigen indem Sie sagen „Ich brauche sie in diesem Zusammenhang nicht“ oder „Ich verstehe das nicht“, dann sind es keine Rechte mehr. Sie haben das Prinzip Ihrer eigenen Rechte abgetreten. Sie haben sie in etwas umgewandelt, das Sie als widerrufliches Privileg von der Regierung bekommen, etwas, das nach deren Gutdünken annulliert werden kann. Und das vermindert das Maß an Freiheit in einer Gesellschaft.

The Nation: Das ist ein fundamentaler, konservativer amerikanischer Gedanke, zurück zu unveräußerlichen Rechten zu gehen.

Snowden: Ich weiß nicht, ob das konservativ oder liberal ist, denn wenn wir an das liberale Gedankengut denken, wenn wir über das Verhältnis zu Freiheit nachdenken, dann reden wir über traditionellen Konservatismus – im Gegensatz zum heutigen, der nicht mehr für diese Ansichten steht.

The Nation: Jeder Präsident, und das scheint von der Geschichte so bestätigt zu werden – wird versuchen, seine Macht zu maximieren, und wird dementsprechend die moderne Überwachung als Teil dieser Macht sehen. Wer wird in dieser Hinsicht die Macht des Präsidenten einschränken?

Snowden: Dafür haben wir doch separate und gleichberechtigte Instanzen. Vielleicht wird es der Kongress sein, vielleicht nicht. Vielleicht die Gerichte, vielleicht nicht. Aber die Idee ist, dass mit der Zeit einer von denen den Mut haben wird, das zu tun. Eines der taurigsten und am meisten schädlichen Vermächnisse der Bush-Regierung ist die zunehmende Geltendmachung des „Staatsgeheimnis“-Privilegs, das es Organisationen wie der ACLU (American Civil Liberties Union, „Amerikanische Bürgerrechtsunion“) – da gab es Fälle, in denen Leute tatsächlich gefoltert oder auf unbestimmte Zeit in Haft waren – unmöglich macht, die Dinge vor Gericht bringen zu können. Die Gerichte fürchteten sich davor, Behauptungen der Regierung, was dann passieren würde, anzuzweifeln. Über das letzte Jahr hinweg haben wir aber festgestellt – in fast jedem einzelnen Gericht, das mit dieser Art National Security Fällen zu tun hatte – dass sie merklich skeptischer geworden sind. Leute von den Bürgerrechts-Organisationen sagen, dass es eine grundlegende Veränderung gibt, und dass Richter ganz klar angefangen haben, die Behauptungen der Regierung kritisch in Frage zu stellen. Auch wenn das jetzt so offensichtlich scheint, ist es doch außergewöhnlich im Kontext des letzten Jahrzehnts, weil die Gerichte einfach immer gesagt haben, sie seien nicht die besten, um über diese Behauptungen zu urteilen – was total falsch ist, denn sie sind die einzige nicht politische Instanz. Sie sind die Instanz, die speziell damit beauftragt ist, über Dinge zu entscheiden, die Politiker nicht unparteiisch entscheiden können. Die Macht der Präsidentschaft ist wichtig, aber nicht bestimmend. Präsidenten sollten nicht von den gleichen Standards von Vernunft und Beweisführung und Rechtfertigung ausgenommen werden, die auf jeden anderen Bürger bzw. jede bürgerschaftliche Bewegung angewendet werden. Ich muss im übrigen sagen, dass ich überrascht bin, wie kritisch *The Nation* der Obama-Administration gegenüber ist.

The Nation: Kritiker sprechen schon lange von der ungerechtfertigten Macht des „Staat im Staat“.

Snowden: Es gibt definitiv einen Staat im Staat. Glauben Sie mir. Ich war dabei.

The Nation: Was diesen geheimnisvollen Staat im Staat angeht, sind Sie da voller Hoffnung? Ihre Enthüllungen sind so dramatisch, dass man denken könnte, da kann man nichts tun. Oder die Enthüllungen könnten eben auch zu Aktionen führen, die diese antidemokratischen Kräfte herausfordern, vielleicht sogar auflösen.

Snowden: Nun, wir haben ja in praktisch jedem Land der Welt, wo von diesen Dingen berichtet wurde, gesehen, dass die Allgemeinheit aufgeschreckt ist angesichts der Ideologie hinter diesen Programmen.

The Nation: Sie haben sicher davon gehört, dass es in deutschen Vororten Schildern in den Fenstern einiger Häuser gibt, auf denen „Zimmer frei für Ed“ steht.

Snowden: Es ist faszinierend zu sehen, wie sich die Dinge geändert haben. Im Prinzip wächst jedes Mal, wenn die amerikanische Regierung von der Bühne der Sonntagmorgen-Talkshows heruntersteigt, die Unterstützung der Durchschnittsamerikaner für die Überwachungs-Enthüllungen. Leute beider Parteien der Nachrichtendienst-Ausschüsse des Kongresses – all diese vereinnahmten Offiziellen, die Cheerleader für Spionageagenturen spielen – gehen zu diesen Sonntags-Sendungen und sagen: „Snowden war ein Verräter. Er arbeitet gegen Amerikaner. Er arbeitet für die Chinesen. Nein, halt, er hat Hongkong verlassen – er arbeitet für die Russen.“ Und wenn ich Russland verlasse, werden sie sagen, „Oh, er arbeitet für“, was weiß ich - „Finnland“, oder so. Es ist vollkommen egal, dass sogar das FBI gesagt hat, dass das nicht der Fall ist. Sie versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Aber die Leute mögen es nicht, angelogen zu werden, und sie mögen nicht, wenn gegen ihre Rechte verstoßen wird. Sobald sie also aufhören, diese Argumente vorzubringen, sieht man, wie die Unterstützung für mich wächst.

The Nation: Angenommen, es gäbe eine nationale Gallup-Umfrage, die folgende Frage stellt: „Mr. Snowden hat krasse Verstöße gegen Ihre persönlichen Freiheiten und Rechte durch die Überwachung durch die amerikanische Regierung aufgedeckt. Die amerikanische Regierung gibt an, dass sie das tut, um Sie vor Terroristen zu schützen.“ Denken Sie, dass es eine Mehrheit zu Ihren Gunsten gäbe? Sie haben die vielleicht entscheidendste Frage unserer Zeit gestellt, aber für viele Amerikaner, die wirtschaftlich härtere Zeiten erleben als sie eigentlich sollten, steht ihr Thema wahrscheinlich nicht sehr weit oben auf der Liste ihrer Sorgen.

Snowden: Gut, lassen sie es mich verdeutlichen. Wenn ich über Meinungsumfragen rede, rede ich über die Prinzipien. Es zeigt sich, dass diese Amtsträger wissentlich versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren, obwohl sie wissen, dass das, was sie sagen, nicht stimmt. Es ist klar, dass das die öffentliche Meinung ist, weil es die Meinung der Elite ist ... Ich will sagen: Die *New York Times* und *The Guardian* sind vorgetreten und haben gesagt: „Hey, Milde für Snowden.“ Aber für mich ist der Schlüssel – und ich habe das von Anfang an gesagt: es geht nicht um mich. Es macht mir nichts, wenn ich keine Milde bekomme. Mir ist egal, was mit mir passiert. Mir ist egal, ob ich im Gefängnis lande oder in Guantánamo oder was auch immer, aus einem Flugzeug gestoßen mit zwei Gewehrschüssen im Gesicht. Ich habe das getan, was ich getan habe, weil ich glaube, dass es richtig war, das zu tun, und das werde ich weiterhin tun. Wenn es aber um politisches Engagement geht: Ich bin kein Politiker – ich bin Ingenieur. Ich lese diese Umfragen, weil mir Bürgerrechtsorganisationen sagen, ich müsse mir der öffentlichen Meinung bewusst sein. Der einzige Grund, warum ich diese Interviews gebe, – ich hasse es, über mich zu sprechen, ich hasse

dieses Zeug – ist, weil mir unglaublich wohlmeinende Leute, die ich respektiere und denen ich vertraue, sagen, dass es hilft, positive Veränderungen zu bewirken. Es wird keine grundlegenden Veränderungen hervorrufen, aber zum Wohl der Öffentlichkeit sein.

Von Anfang an habe ich gesagt, dass die Reform zweispurig ist: da sind die politische und die technische Spur. Ich glaube nicht, dass die politische erfolgreich sein wird, aus exakt den Gründen, die Sie genannt haben. Das Thema ist zu abstrakt für die Durchschnittsbürger, in deren Leben viele andere Dinge passieren. Und wir leben nicht in einer Zeit der Revolutionen. Die Menschen sind nicht darauf vorbereitet, sich gegen die Mächtigen aufzulehnen. Wir haben ein Bildungssystem, das mehr ein Euphemismus für Indoktrination ist. Es ist nicht darauf ausgelegt, kritische Geister hervorzubringen. Wir haben ein Mediensystem, das sich mit der Regierung einig ist und papageienhaft Phrasen nachplappert, die eine gewisse emotionale Antwort hervorrufen sollen – zum Beispiel „nationale Sicherheit“. Jeder sagt „nationale Sicherheit“ derart, dass wir jetzt diese Formulierung „nationale Sicherheit“ nutzen müssen. Aber es geht gar nicht um nationale Sicherheit, es geht um Staatssicherheit. Und das ist ein entscheidender Unterschied. Wir mögen den Begriff „Staatssicherheit“ in den USA nicht, weil er uns an all die bösen Regimes erinnert. Aber das ist ein Schlüsselkonzept, denn wenn diese Offiziellen im Fernsehen sind, reden sie nicht darüber, was gut für Sie ist. Sie reden nicht davon, was gut die Wirtschaft ist. Sie reden nicht davon, was gut für die Gesellschaft ist. Sie reden über den Schutz und den Erhalt eines nationalen *Staatssystems*.

Ich bin kein Anarchist. Ich sage nicht: „Brennt alles nieder bis auf den Grund.“ Aber ich sage, dass wir uns dessen bewusst sein müssen, und wir müssen dazu in der Lage sein, es festzustellen, wenn es politische Entwicklungen gibt, die gegenläufig zum öffentlichen Interesse sind. Und das kann nicht funktionieren, wenn wir die Prämissen nicht hinterfragen, auf denen diese Entwicklungen basieren. Deshalb glaube ich, dass es unwahrscheinlich ist, dass politische Reformen erfolgreich sein werden. [Die Senatoren] Udall und Wyden haben im Geheimdienst-Ausschuss Alarm geschlagen, aber sie sind eine Minderheit.

The Nation: Erläutern Sie die technische Reform, von der Sie gesprochen haben.

Snowden: Wir beobachten schon, dass sie geschieht. Das Thema, das ich hochgebracht habe, war Massenüberwachung, nicht Überwachung generell. Es ist ok, wenn wir Osama bin Laden abhören. Ich will wissen, was er vorhat – heute natürlich nicht mehr er, aber so in der Art. Mir ist egal, ob das ein Papst ist oder bin Laden. Solange Ermittler zu einem Richter gehen müssen – einem unabhängigen Richter, einem richtigen Richter, keinem geheimen – und darlegen, dass es einen realistischen Anlass gibt, eine Genehmigung auszustellen, dann können sie das tun. Und das sollte auch getan werden. Das Problem liegt darin, wenn sie uns alle abhören, en masse, ständig, vor allem ohne jede spezifische Rechtfertigung für eine Überwachung, ohne jede spezifische gerichtliche Darlegung, dass es einen realistischen Grund für diese Verletzung unserer Rechte gibt.

Seit den Enthüllungen sehen wir eine massive Veränderung in der technischen Basis und dem Aufbau des Internets. Eine der Enthüllungsgeschichten hat gezeigt, dass die NSA rechtswidrig Daten aus den Rechenzentren von Google und Yahoo gesammelt hat. Sie haben die Transaktionen von Rechenzentren amerikanischer Firmen abgefangen, was in erster Linie schon deshalb verboten sein sollte, weil amerikanische Firmen wie amerikanische Personen gelten, so in etwa, unter Überwachungsfachleuten. Sie sagen: „Nun, das haben wir im Ausland gemacht“, aber das fällt unter eine andere Befugnis aus der Reagan-Ära: EO12333, eine Anordnung des Präsidenten für nachrichtendienstliche Aktivitäten im Ausland, im Unterschied zu denen, die wir jetzt im Inland anwenden. Dieses Abhören ist also gesetzlich nicht einmal abgedeckt. Es ist bloß ein uraltes Blatt Papier mit Reagans Unterschrift drauf, die seitdem ein paar Mal aktualisiert worden ist. Jetzt haben auf einmal diese massiven Riesenkonzerne festgestellt, dass ihre Rechenzentren – die jeden Tag hunderte Millionen von Nachrichten von Leuten vor und zurück schicken – völlig ungeschützt waren, elektronisch nackt. GCHQ, die britische Spionageagentur, hörte mit, und die NSA bekam die

Daten und all das, weil sie die Verschlüsselung umgehen konnten, die normalerweise genutzt wurde. Das funktionierte im Grunde technisch so, dass die Verbindung verschlüsselt wurde, wenn Sie, sagen wir, mit ihrem Telefon auf facebook.com gehen. Wenn die NSA das also abhören wollte, konnten sie das nicht verstehen. Was die Agenturen aber herausfanden, war, dass die Facebook-Seite, mit der sich Ihr Telefon verbunden hat, nur das Front End („vordere Ende“) eines größeren Corporate Network („Firmennetzes“) ist – also gar nicht der Rechner, wo die Daten herkommen. Wenn Sie Ihre Facebook-Seite abrufen, kommen Sie da an, und die Verbindung ist verschlüsselt, aber innerhalb Facebook muss Ihre Anfrage auf einen langen Weg einmal um die Welt und wieder zurück gehen, um zu holen, was Sie angefragt haben. Sie sind also einfach aus dem geschützten Teil heraus und stattdessen ins back network („Netz im Hintergrund“) gegangen, in das private Netz dieser Firmen.

The Nation: Die Firmen haben das gewusst?

Snowden: Die Firmen haben das nicht gewusst. Sie haben gesagt: „Na, wie haben der NSA die Vordertür aufgemacht, wir haben Ihnen das PRISM Programm gegeben. Sie konnten so oder so alles bekommen, was Sie von unserer Firma haben wollten – Sie hätten uns nur darum bitten müssen, und wir hätten es Ihnen gegeben.“ Deshalb haben die Firmen sich nicht vorstellen können, dass die Nachrichtendienste auch noch durch die Hintertür einbrechen würden – sind sie aber, weil sie da nicht den gleichen gesetzlichen Weg gehen mussten wie wenn sie durch die Vordertüre hereinkommen wollten. Als Barton Gellman das in der *The Washington Post* veröffentlichte und die Firmen bloßstellte, druckte er eine tolle Anekdote: Er zeigte zwei Google-Ingenieuren eine Folie, wie die NSA das machte, und die Ingenieure „brachen in wüste Beschimpfungen aus“.

Ein weiteres Beispiel: Ein Dokument, das ich aufgedeckt habe, war der als geheim eingestufte Report des Generalinspektors für eine Bush-Überwachungsoperation, Stellar Wind, das im wesentlichen zeigte, dass die Behörden wussten, dass diese seinerzeit gesetzeswidrig war. Es gab keine gesetzliche Basis; sie lief quasi nur durch die Genehmigung des Präsidenten und eine geheime Genehmigung, die niemand sehen durfte. Als das Justizministerium sagte: „Wir werden diese Operation nicht neu genehmigen, weil sie nicht gesetzeskonform ist“, ging Cheney – oder einer von Cheneys Beratern – zu Michael Hayden, dem Direktor der NSA, und sagte: „Es gibt keine gesetzliche Basis für dieses Programm. Das Justizministerium wird es nicht wieder genehmigen, und wir wissen nicht, was wir tun sollen. Werden Sie mit Genehmigung des Präsidenten trotzdem weitermachen?“ Hayden sagte ja, obwohl er wusste, dass es gesetzeswidrig war und dass das Justizministerium dagegen war. Niemand hat dieses Dokument je gelesen, weil es ungefähr 28 Seiten lang ist, obgleich es unglaublich wichtig ist.

The Nation: Ihre Enthüllungen haben auch die Entwicklung der Verschlüsselungstechnologie des iPhone6 beeinflusst, von dem die Regierung sagt, dass es die rechtmäßige Strafverfolgung erschwert.

Snowden: Das ist der Schlüssel. Die großen Technologiekonzerne haben verstanden, dass die Regierung nicht nur amerikanische Prinzipien beschädigt hat, sondern auch die Unternehmen. Sie dachten: „Keiner traut mehr unseren Produkten.“ Also haben sie sich entschieden, diese Sicherheitslücken zu schließen, um die Telefone sicher zu machen. Das neue iPhone hat eine Verschlüsselung, die die Inhalte des Telefons schützt. Das heißt, wenn jemand Ihr Telefon stiehlt – wenn ein Hacker oder irgendetwas Ihr Telefon kopiert – können die nicht lesen, was auf dem Telefon selbst ist, sie können Ihre Bilder nicht anschauen, die SMS nicht, die Sie senden, und so weiter. Aber das hält die Strafverfolgung nicht davon ab, Ihre Bewegungen über die Ortungsfunktion auf Ihrem Telefon nachzuvollziehen, wenn sie meinen, dass Sie zum Beispiel in eine Entführung verwickelt sind. Es hält die Strafverfolgung nicht davon ab, Kopien Ihrer SMS mit

einem Gerichtsbeschluss bei den Providern anzufordern. Es hält sie nicht davon ab, auf Kopien Ihrer Bilder oder was auch immer zuzugreifen, die Sie zum Beispiel auf Apples Cloud Service hochgeladen haben, der noch immer legal zugänglich ist, weil noch nicht verschlüsselt. Es schützt nur, was physikalisch auf dem Telefon ist. Es ist ein reines Sicherheitsmerkmal, das gegen die Art Missbrauch schützt, der passieren kann mit all diesen noch unentdeckten Dingen da draußen. Als Antwort darauf sprang der FBI-Direktor auf eine Bühne und rief: „Sie gefährden unsere Kinder.“

The Nation: Gibt es einen potentiellen Konflikt zwischen massiver Verschlüsselung und der rechtmäßigen Strafverfolgung?

Snowden: Das ist die Kontroverse, die der Generalstaatsanwalt und der FBI-Direktor zu erzeugen versucht haben. Sie wollten vermitteln „Wir müssen in der Lage sein, bei entsprechender Genehmigung gesetzlichen Zugang zu diesen Geräten zu haben, aber das ist technisch nicht möglich auf einem sicheren Gerät. Der einzige Weg, wie das geht, ist die Sicherheit des Geräts zu beeinträchtigen, indem man eine back door, eine Hintertür, offenlässt.“ Wir wissen, dass solche back doors nicht sicher sind. Ich habe mit Verschlüsselungsexperten gesprochen, einigen der führenden Technologen der Welt, immer ging es darum, wie wir mit diesem Themen umgehen können. Es ist nicht möglich, eine back door zu produzieren, die zum Beispiel nur für das FBI zugänglich ist. Und selbst, wenn sie es wäre, hätte man wieder dasselbe Problem mit dem internationalen Geschäft: Wenn Sie ein Gerät haben, das bekannt ist für seine beeinträchtigte Sicherheit und das eine amerikanische back door hat, wird es niemand kaufen. Es stimmt auf jeden Fall nicht, dass die Behörden nicht auf den Inhalt eines Telefons zugreifen können, selbst wenn es keine back door gibt. Als ich bei der NSA war, haben wir das jeden Tag gemacht, sogar an Sonntagen. Ich glaube, dass Verschlüsselung eine Bürgermitverantwortung ist, eine bürgerliche Pflicht.

The Nation: Wir verstehen jetzt zum ersten Mal, dass das ein Bürgerrechts-Thema ist.

Snowden: Es ist gut, dass Sie das jetzt auch sagen, denn für mich ging es von Anfang an nicht darum, auch nur ein Dokument zu veröffentlichen. Ich habe Journalisten diese Dokumente geliefert, weil ich nicht meine Voreingenommenheit entscheiden lassen wollte, was in öffentlichem Interesse ist und was nicht.

The Nation: Sie geben an, keine politische Rolle spielen zu wollen, aber dafür ist es zu spät.

Snowden: Ha, Sie klingen wie die ACLU.

The Nation: Sie stecken in einem Dilemma. Wir kennen und haben viele „heilige Narren“, wie die Russen es nennen, beobachtet – entschlossene Dissidenten, die alles für eine Idee aufgegeben haben. Am Ende werden die Leute aber wissen wollen, wie es in Ihrem Leben weiter geht, und es wird Anwaltschaft sein müssen. Sie können es gar nicht verhindern. Sie können nicht sagen: „Ich bin nur ein High-Tec-Junge, ich habe Ihnen Geheimnisse verraten – lassen Sie mich jetzt bitte in Ruhe.“

Snowden: Kennen Sie Cincinnatus nicht? Das war der erste Alias, den ich gebraucht habe.

The Nation: Sie glauben wirklich, wenn Sie morgen mit vollständiger Straffreiheit nach Hause gehen könnten, dass da kein unwiderstehlicher Druck auf Sie wäre, ein Wortführer

oder sogar ein Aktivist zu werden zugunsten unserer Rechte und Freiheiten? Wäre das nicht gerade jetzt Ihre Pflicht?

Snowden: Meine Vorstellung ist jetzt – weil ich kein Politiker bin und ich nicht glaube, dass ich so wirkungsvoll bin wie Leute, die sich darauf vorbereitet haben – mich auf die technische Reform zu konzentrieren, weil ich die Sprache der Technologie spreche. Ich habe mit Tim Berners-Lee gesprochen, dem Mann, der das World Wide Web erfunden hat. Wir sind uns einig darüber, dass diese Generation eine Magna Carta für das Internet erstellen muss. Wir wollen sagen, was „digitale Rechte“ sein sollten. Welche Werte sollten wir schützen, und wie setzen wir sie durch? Was ich beitragen kann, weil ich ein Technologe bin und weil ich tatsächlich verstehe, wie das Zeug unter der Haube funktioniert, ist, dabei zu helfen, die neuen Systeme zu entwickeln, die unsere Werte widerspiegeln. Ich möchte natürlich politische Reformen in den USA sehen. Aber wir können in den USA die besten Überwachungs-Reformen verabschieden, die besten Datenschutzbestimmungen der Welt, und es hätte international null Wirkung. Null Wirkung in China und in allen anderen Ländern, wegen deren nationaler Gesetze – sie werden unsere Reformen nicht anerkennen, sie werden weiter ihr eigenes Ding machen. Aber wenn heute jemand ein reformiertes technisches System erfindet – technische Standards müssen weltweit identisch sein, um miteinander zu funktionieren.

The Nation: Ein neues System zu entwerfen mag Ihr Übergang sein, aber es ist auch ein politischer Akt.

Snowden: Falls Sie es noch nicht mitbekommen haben, ich habe eine etwas raffinierte Art, um politische Änderungen zu erwirken. Ich will große Mächte nicht direkt konfrontieren, die wir mit ihren Waffen nicht schlagen können. Sie haben mehr Geld, mehr Durchschlagskraft, mehr Sendezeit. Wir können ohne eine Massenbewegung nicht wirksam sein, und die amerikanische Bevölkerung ist heute zu bequem, um sich zu einer Massenbewegung zusammenzuschließen. Aber mit wachsender Ungleichheit werden die grundlegenden Bindungen sozialen Zusammenhalts angeregt - wie wir im Zusammenhang mit Occupy Wall Street schon festgestellt haben. Mit steigendem Anspannungsgrad werden die Leute eher bereit sein, sich an Protesten zu beteiligen. Aber jetzt ist nicht der Moment dafür.

The Nation: Vor einigen Jahren hat *The Nation* eine Sonderausgabe über Patriotismus herausgegeben. Wir haben etwa einhundert Leute gefragt, was sie darunter verstehen. Wie definieren Sie Patriotismus? Und in dem Zusammenhang: Sie sind vermutlich der bekannteste Whistleblower der Welt, obwohl Sie den Begriff nicht mögen. Welche Charakterisierung Ihrer Rolle bevorzugen Sie?

Snowden: Patriotismus ist für mich die Idee, dass man aufsteht, um im Namen seines Landes zu handeln. Wie ich schon gesagt habe, ist das was anderes, als zugunsten einer Regierung zu agieren – eine Unterscheidung, die heute zunehmend verloren geht. Sie sind nicht patriotisch, nur weil Sie den stützen, der gerade an der Macht ist oder dessen Politik. Sie sind patriotisch, wenn Sie daran arbeiten, das Leben der Menschen in Ihrem Land, in Ihrer Gemeinde und Ihrer Familie zu verbessern. Das kann manchmal bedeuten, schwierige Entscheidungen zu treffen, Entscheidungen, die gegen Ihre persönlichen Interessen gehen. Manchmal sagen Leute, ich hätte einen Geheimhaltungseid gebrochen – eine der frühen Anschuldigungen, die gegen mich erhoben wurden. Aber es ist ein grundlegendes Missverständnis, weil es keinen Geheimhaltungseid gibt für Leute, die im Nachrichtendienst arbeiten. Sie werden gebeten, eine zivilrechtliche Vereinbarung zu unterschreiben, die sogenannte Standard Form 312, die im wesentlichen besagt, dass man Sie anklagen, dies oder das oder jenes tun kann, wenn Sie geheime Informationen weitergeben. Und Sie riskieren, ins Gefängnis zu gehen. Aber Sie werden auch gebeten, einen Eid zu schwören, und das ist der Diensteid. Den Diensteid schwören Sie nicht auf die Geheimhaltung, sondern auf die

Verfassung – sie gegen alle Feinde zu schützen, im Ausland und im Inland. An diesen Eid habe ich mich gehalten – James Clapper und der frühere NSA-Direktor Keith Alexander haben es nicht. Sie heben Ihre Hand und schwören den Eid in Ihrer Klasse, wenn man dabei ist. Alle Regierungsbeamten, die für die Nachrichtendienste arbeiten, müssen das tun – jedenfalls dort, wo ich den Eid abgelegt habe.

Was die Kennzeichnung als Whistleblower angeht, finde ich, dass es denjenigen – uns allen - einen schlechten Dienst tut, denn es macht uns zu „anderen“. Die Sprache des Heldentums anzuwenden, also Daniel Ellsberg einen Helden zu nennen und die anderen Leute, die große Opfer erbracht haben, Helden zu nennen, ist – obwohl das, was sie getan haben, heldenhaft ist – eine Form, sie herauszuheben wegen der Bürgerpflicht, die sie wahrgenommen haben. Und sie entschuldigt den Rest von uns, die wir dieselbe Bürgerpflicht haben, die Stimme zu erheben, wenn wir etwas falsches erkennen, wenn wir mitbekommen, dass unsere Regierung schwere Verbrechen begeht, Macht missbraucht, massive, historische Verletzungen der Verfassung der Vereinigten Staaten begeht. Wir müssen die Stimme erheben, sonst sind machen wir uns zu Komplizen der bösen Taten.

The Nation: Vielleicht sollte es schon sehr früh einen Kurs für Kinder geben über patriotische Pflichten gegenüber der Verfassung.

Snowden: Es geht auch um Erziehung. Es ist wichtig, zu wissen, woran man glaubt und dass man dafür einstehen muss, sonst glaubt man nicht wirklich daran. Wissen Sie, mein Vater und meine Mutter – im Grunde jedes Mitglied meiner engeren Familie – hat für die Bundesregierung gearbeitet. Manchmal wird missverstanden, dass ich nicht aufgestanden bin um das System umzustürzen. Was ich tun wollte, war, der Gesellschaft die Informationen zu geben, die sie braucht, um zu entscheiden, ob sie das System ändern will.

The Nation: Wenn Sie an die repräsentative Regierung glauben, wäre doch der direkteste Weg, zu fordern, dass Kandidaten für den Kongress geloben müssen, sobald sie gewählt sind, jede Anstrengung zu unternehmen, um herauszufinden, was der Überwachungsapparat macht und das in der Art einzuschränken, die Sie beschrieben haben. Und für Kandidaten für Justizposten vielleicht zu fordern, dass sie in Ergänzung zu den Fragen zur Abtreibung, mit denen sie gelöchert werden, auch ihre Position darlegen, wie sie in Überwachungsfragen entscheiden werden.

Snowden: Da steckt eine echte Gefahr in der Art, wie unsere repräsentative Regierung heute funktioniert. Sie funktioniert nur dann einwandfrei, wenn sie mit Rechenschaftspflicht gepaart ist. Kandidaten treten zur Wahl mit Versprechen an, aber wenn sie dann gewählt sind, lösen sie sie nicht ein, wie bei Präsident Obama mit Guantánamo geschehen, den Überwachungsprogrammen und den Ermittlungen zu den Verbrechen der Bush-Regierung. Das waren sehr ernste Wahlversprechen, die nicht eingelöst wurden. Ich habe darüber nachgedacht, vor der Wahl Informationen über diese Überwachungsprogramme öffentlich zu machen, aber ich habe sie zurückgehalten, weil ich Obama geglaubt habe, dass er es ernst meinte, wenn er davon sprach, die Dinge zu verändern. Ich wollte dem demokratischen Prozess Zeit geben.

The Nation: Wenn Sie mal von Ihren eigenen Erfahrungen ausgehen – die Risiken, die Sie eingegangen sind, und jetzt Ihr Schicksal hier in Moskau – denken Sie, dass andere junge Männer und Frauen von dem, was Sie getan haben, inspiriert sind oder eher entmutigt?

Snowden: Chelsea Manning hat 35 Jahre Gefängnis bekommen, aber ich bin noch auf freiem Fuß. Ich kann ständig mit Leuten im ACLU-Büro in New York reden. Ich kann an der Debatte teilnehmen und für Reformen werben. Ich bin nur der erste, der auf diese Art und Weise

hervorgetreten ist und Erfolg hatte. Wenn Regierungen zu weit gehen bei der Bestrafung von Leuten, die zwar anderer Meinung sind, aber keine echte Gefahr für das Land, dann riskieren sie nicht nur die Delegitimierung ihres Justizsystems, sondern auch die Legitimität der Regierung selbst. Denn wenn sie politische Angriffe gegen Leute fahren, die klar erkennbar zumindest die Absicht hatten, im öffentlichen Interesse zu arbeiten, dann verweigern sie ihnen die Gelegenheit, eine Verteidigung des öffentlichen Interesses vorzubringen. Die Klagen, die gegen mich vorgebracht wurden, bestritten zum Beispiel explizit meine Fähigkeit, das öffentliche Interesse zu vertreten. Mich hätte kein Whistleblower-Schutz geschützt – das weiß jeder der Nachrichtendienstler. Es gibt keine ordentlichen Kanäle, diese Informationen verfügbar zu machen, wenn das System in großem Stile versagt.

Die Regierung stellt sich vor, dass Einzelne, die Kenntnis von schwerem Fehlverhalten in der Nachrichtendienst-Gemeinde haben, ihre Besorgnis den Leuten vortragen sollten, die für dieses Fehlverhalten am meisten Verantwortung tragen, und darauf zu vertrauen, dass diese Leute die Probleme in Ordnung bringen, die diese ja zuvor selbst bewilligt hatten. Bis zu Daniel Ellsberg kann man zurückverfolgen, dass die Regierung sich nicht um den Schaden für die nationale Sicherheit sorgt, denn in keinem dieser Fälle gab es einen Schaden. Im Verfahren gegen Chelsea Manning konnte die Regierung keinen einzigen Fall nachweisen, wo durch die massive Aufdeckung geheimer Informationen ein spezifischer Schaden entstanden wäre. Die Anklagen zeugen mehr von der Verlegenheit der Regierung als von ernstgemeinter Sorge über diese Aktivitäten, andernfalls würden sie doch konkretisieren, welcher Schaden eingetreten ist. Es ist jetzt schon mehr als ein Jahr seit meinen NSA-Enthüllungen, und trotz vieler Stunden Zeugenaussagen vor dem Kongress, trotz Tonnen inoffizieller Aussagen anonymer Amtsträger, die ein Hühnchen mit mir zu rupfen haben, hat bisher kein einziger Repräsentant der US-Regierung jemals auch nur einen Fall hervorbringen können, in dem diese Enthüllungen einen individuellen Schaden angerichtet hätten. Und das, obwohl der frühere NSA-Direktor Keith Alexander erklärt hatte, dass sie schwerwiegenden und unwiderruflichen Schaden für die Nation verursachen würden. Einige Monate nach dieser Aussage hat der neue Direktor der NSA, Michael Rogers, zugestanden, dass er nicht erkennen könne, dass uns der Himmel auf den Kopf fällt. Es ist also schlussendlich nicht so dramatisch.

The Nation: Angesichts dieser stillschweigenden Entlastung könnte es für Sie doch, wenn man Ihnen einen fairen Prozess in den USA machen würde, eine historische Chance sein, all die damit zusammenhängenden Prinzipien zu verteidigen.

Snowden: Ich habe mit vielen ziemlich guten Anwälten weltweit gesprochen. Man kann mich nicht ausliefern. Das stinkt der US-Regierung am meisten, selbst nicht, als ich anfangs noch in Hongkong war. Die einzige Art, wie man mich ausliefern könnte, ist nach dem Prinzip, das meine Anwälte „Politik sticht Recht“ nennen. Wenn man es rechtlich betrachtet, sind die gegen mich erhobenen Vorwürfe – der Spionageakt – der Inbegriff politischen Verbrechens. Ein politisches Verbrechen ist, nach juristischem Verständnis, definiert als ein Verbrechen gegen einen Staat im Unterschied zu einem Verbrechen gegen eine individuelle Person. Mord ist zum Beispiel kein politisches Verbrechen, weil man jemanden umgebracht hat, einen einzelnen, und dem bzw. dessen Familie ist ein Unheil zugefügt worden. Aber dem Staat selbst – man kann nicht ausgeliefert werden, weil man dem ein Unheil zugefügt hat.

The Nation: Aber wenn Sie die Garantie für ein faires Verfahren bekämen?

Snowden: [lacht] Glauben Sie mir, wir werden keine solche Garantie bekommen, denn die US-Regierung will nicht, dass ich zurückkehre. Die Menschen vergessen, wie ich hier in Russland gelandet bin. Sie haben gewartet, bis ich Hongkong verlassen habe, und dann meinen Pass für ungültig erklärt, um mich in Russland einzuschließen, denn das ist der effektivste Ansatz gegen

mich angesichts des politischen Klimas in den USA. Wenn sie zeigen können, dass ich in Russland bin, und behaupten, dass ich „Ich Herz Putin“ T-Shirts trage ...

The Nation: Vielleicht ist es etwas weit hergeholt, aber Sie erinnern uns ein bisschen an den größten Dissidenten der Sowjet-Ära, Andrei Sakharov.

Snowden: Ich kenne das Ansehen, das er genießt, aber seine persönliche Geschichte kenne ich überhaupt nicht.

The Nation: Er war Mitentwickler der Wasserstoffbombe der Sowjets, ein Nuklearwissenschaftler. Er begann, sich Sorgen zu machen über das, was er da erfunden hatte, und schließlich begann er gegen die Politik der Regierung zu protestieren. Aber er mochte das Wort „Dissident“ nicht, denn er argumentierte genau wie Sie: „Erstens sagt die Sowjetische Verfassung, dass ich jedes Recht habe, zu tun, was ich tue. Und zweitens verstößt die Sowjetunion gegen seine eigene Verfassung während die Leute nicht wissen, was die Regierung in ihrem Namen macht.“

Snowden: Wow, das hört sich bekannt an. Es ist interessant, dass Sie Sakharovs kreative Achse erwähnen – er hatte etwas für die Regierung hergestellt und dann festgestellt, dass es etwas anderes war als er beabsichtigt hatte. Das ist etwas, dass [der NSA-Whistleblower] Bill Binney und ich teilen. Binney hat ThinThread entworfen, ein NSA-Programm, das Verschlüsselung einsetzt, um zu versuchen, die Massenüberwachung weniger anrühlich zu machen. Die wäre dennoch gesetzeswidrig und verfassungswidrig gewesen. Binney könnte mit Ihnen den ganzen Tag darüber diskutieren, aber seine Vorstellung war, dass alles von jedem gesammelt würde, dann aber sofort verschlüsselt, so dass es niemand lesen könnte. Nur ein Gericht könnte Nachrichtendienst-Mitarbeitern den Code zur Entschlüsselung geben. Der Gedanke war, eine Art Kompromiss zu finden zwischen [dem Recht auf Datenschutz und] der Behauptung, dass, wenn man die Dinge nicht sammelt, wenn sie entstehen, man sie später nicht hat – denn was die NSA in Wirklichkeit will ist die Fähigkeit, rückwirkend zu ermitteln. Sie wollen eine vollständige Aufzeichnung Ihres Lebens der letzten fünf Jahre, so dass sie alles über Sie wissen können, wenn Sie in ihr Blickfeld geraten. Ich kann da nicht mitgehen, aber Binney hat versucht, sowas zu entwickeln.

The Nation: Sie erinnern uns auch an [den Physiker des Manhattan Project] Robert Oppenheimer – was er erschuf und dann in Sorge darüber gerieselt.

Snowden: Letztens hat jemand davon gesprochen, dass die Massenüberwachung und die NSA-Enthüllungen der Atom-Moment für Informatiker sei. Die Atombombe war der Moralmoment für Physiker. Massenüberwachung ist derselbe Moment für Informatiker, wenn sie feststellen, dass die Dinge, die sie erzeugen, genutzt werden können, um einer gewaltigen Anzahl von Menschen Leid zuzufügen.

Es ist interessant, dass so viele Menschen, die desillusioniert werden, die gegen ihre eigenen Organisationen protestieren, Menschen sind, die erst etwas dazu beigetragen haben und dann erkannt haben, wie es missbraucht wurde. Als ich in Japan gearbeitet habe, habe ich ein System entwickelt, das sicherstellt, dass Nachrichtendienst-Daten im Falle einer Katastrophe global wiederherstellbar sind. Mir war der Umfang der Massenüberwachung gar nicht bewusst. Bei der Entwicklung stieß ich auf ein paar rechtliche Fragen. Meine Vorgesetzten fragten mich zurück, so ungefähr: „Was machen wir mit diesen Daten?“. Darauf ich: „Ich wusste gar nicht, dass es die überhaupt gibt.“ Als ich später herausfand, dass wir mehr Daten über amerikanischen Nachrichtenaustausch sammelten als zum Beispiel über russischen, dachte ich: „Heilige Scheiße.“

Mit der Erkenntnis konfrontiert zu werden, dass die Arbeit, von der du wolltest, dass sie zum Wohl der Menschen ist, gegen sie verwendet wird, hat einen radikalierenden Effekt.

The Nation: Wir kommen wie gesagt oft nach Russland. Sie wollen vielleicht nicht zu viel über Russland sagen?

Snowden: [schmunzelt] Überhaupt nichts.

The Nation: Warum nicht? Jeder weiß doch, dass Sie nicht aus freien Stücken hier gelandet sind.

Snowden: Sie werden überrascht sein, wie effektiv, zumindest zur Beeinflussung von wenig informierten Wählern, negative Propaganda über mich ist. Vielleicht kleine feine Medien, vielleicht Leute, die Zeitung lesen und mit Akademikern sprechen, und solche Leute; die werden das vielleicht verstehen, weil sie gut informiert sind. Aber vielen Leuten ist noch immer nicht bewusst, dass ich nie die Absicht hatte, hier in Russland zu landen. Sie wissen nicht, dass Journalisten live Bilder des leeren Sitzplatzes auf dem Flug nach Lateinamerika getwittert haben, den ich nicht nehmen konnte, weil die US-Regierung meinen Reisepass für ungültig erklärt hat. Es gibt sogar noch einige wenige, die noch immer aufrichtig glauben, dass ich Putin Informationen verkauft habe – persönlich, im Tausch gegen Asyl. Und das, nachdem der Vorsitzende des Senats-Nachrichtendienst-Ausschusses, der jeden Morgen die NSA-Berichte über meine Aktivitäten zu lesen bekommt, erklärt hat, dass all diese Verschwörungen wahnhaft sind.

The Nation: Wir haben so ein Gefühl, oder zumindest die Hoffnung, dass wir Sie bald in Amerika sehen werden – vielleicht, nachdem diese Ukraine Krise beendet ist.

Snowden: Das würde ich gerne glauben, aber wir sind die Befehlskette ganz hoch gegangen, sind auf allen Ebenen gewesen und so weiter. Man hat die politische Entscheidung getroffen, die Nachrichtendienstler nicht zu reizen. Die Spionageagenturen sind echt betreten, sie sind verletzt – die Enthüllungen haben ihrem geheimnisvollen Nimbus schwer geschadet. In den letzten zehn Jahren haben sie die *Zero Dark Thirty*-Behandlung genossen – sie sind die Helden. Die Überwachungs-Enthüllungen werfen sie wieder auf Big Brother-artige Erzählungen zurück, und das gefällt ihnen gar nicht. Die Obama-Regierung erscheint fast, als hätte sie Angst vor den Nachrichtendienstlern. Sie haben Angst vor dem schleichenden Tod – Leaks und solche Dinge, wissen Sie?

The Nation: Wo wir von Filmen sprechen: Wir haben gehört, dass zusätzlich zu Laura Poitras Dokumentation *Citizenfour* noch ein paar andere über Sie gedreht werden.

Snowden: Alles, was die Leute dazu bringt, über die Themen zu reden, ist großartig. Ich bin kein Filmtyp. Ich kenne all dieses Zeug der Berühmtheiten nicht. Ich weiß nicht, wer die Darsteller sein werden und so was. Aber jeder, der über diese Themen reden will – wunderbar.

The Nation: Sie sind schon eine Berühmtheit.

Snowden: Das sagen die Leute, aber ich habe nur „civ-libs“-Typen („Bürgerrechtstypen“) Autogramme geben müssen. Und ich unterschreibe Gerichtsanordnungen.

The Nation: Das ist vielleicht so, aber Sie brauchen wohl oder übel eine Strategie, wie Sie Ihre Bekanntheit einsetzen. Sie haben die Bekanntheit. Sie können sie nicht loswerden.

Snowden: [lacht] Ja, das ist bedrückend!

The Nation: Und Sie wissen nicht, was noch kommt. Das Glück wendet sich manchmal sehr plötzlich, unerwartet.

Snowden: Dann hoffen wir, dass die Überraschungen gute sein werden.

The Nation: Sie haben uns viel Zeit gegeben, und wir sind sehr dankbar, wie auch die Leser von *The Nation* und andere Leser. Bevor wir aber das Gespräch beenden, haben Sie weitere Gedanken über Ihre Zukunft?

Snowden: Wenn ich raten müsste, wie die Zukunft für mich aussehen wird – angenommen es ist nicht ein oranger Overall in einem Loch – dann denke ich, dass ich zwischen Technik und Politik hin und her pendeln werde. Ich glaube, dass wir das brauchen. Ich glaube, das ist es, was uns bei der Regierung fehlt, meistens. Es gibt eine Menge Leute, die Politik machen, aber wir haben keine Technologen, obwohl Technologie so ein großer Teil unseres Lebens ist. Es ist erstaunlich, denn selbst die großen Silicon Valley Firmen, die Masters of the Universe oder wie auch immer, haben sich bis zuletzt nicht mit Washington zusammengesetzt. Sie hinken noch immer hinterher.

Was meine persönlichen politischen Ansichten angeht, scheinen manche Leute zu glauben, dass ich eine Art Erzlibertarist bin, ein Hyperkonservativer. Aber wenn es um Sozialpolitik geht, finde ich, dass Frauen das Recht auf Selbstbestimmung haben, und dass Ungleichheit ein wirklich wichtiges Thema ist. Als Technologie sehe ich die Trends, und ich sehe, dass Automation unweigerlich immer weniger Jobs bedeutet. Und wenn wir keinen Weg finden, irgendwie ein Grundeinkommen für Arbeitslose zu schaffen, oder sinnvolle Arbeit, dann werden wir soziale Unruhen bekommen, bei denen Menschen umkommen könnten. Wenn die Produktion Jahr für Jahr für Jahr steigt, müssen wir etwas davon in die Gesellschaft reinvestieren. Das braucht nicht dauernd in diesen Venture-Capital Fonds und solchen Dingen konzentriert zu werden. Ich bin weder Kommunist noch Sozialist noch ein Radikaler. Aber diese Themen müssen angegangen werden.